

26. NOV. 1959



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24884 - 33  
Fernschreiber 0486890

P/XIV/269 - 26. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Resignieren ? Von Franz Barsig	72
2	Mit wem wird Paris verhandelt? Benbella steht noch zur Diskussion Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	50
3	Jungsozialisten in England Labour-Party gründet eigene Jugendorganisation	47
4 - 5	Abend des Christlichen Abendlandes Christen diskutieren ein heisses Thema	104
6	Adenauer will keine Reform Totales Versagen der CDU-Honoratioren	36

\* \* \*

\* \*

Resignieren ?

Von Franz Barsig

Eigentlich ist die Frage räusig, was der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Wilhelm Wolfgang Schütz, wohl gemeint haben mag, als er in seiner Begrüßungsansprache auf dem diesjährigen Kongress in Berlin sich gegen die sogenannten "Realisten" wandte, die das Bemühen um die Wiedervereinigung Deutschlands nicht als eine aktuelle Tagesaufgabe betrachten. Wenige Minuten später erhielt man darauf eine Antwort, als der Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Kai Uwe von Hassel, wörtlich sagte:

"Aus der begründeten Erkenntnis also, dass Einheit und Freiheit gegenwärtig nicht realisierbar sind, folgere ich nicht das Zugeständnis des Verzichts auf die Einzeit, sondern ich folgere daraus die Verpflichtung zu weiterer harter bitterer Geduld."

Das war das einzige, was der schleswig-holsteinische Ministerpräsident, an dessen Landesgrenze die sowjetische Besatzungszone beginnt und dessen Städte von ihrem natürlichen Hinterland abgeschnitten sind, dem Kuratorium Unteilbares Deutschland und auch der deutschen Bevölkerung als politisches Konzept anzubieten hatte.

Vielleicht war es gut, dass diese Worte in dieser Eindeutigkeit einmal gefallen sind, die die CDU in Bonn in allen Auseinandersetzungen bisher geflissentlich vermieden hat. Aber sie haben gezeigt, dass diese Partei in der Wiedervereinigungspolitik am Ende ihres Lateins ist, sie kennt nur noch "Geduld". Und zu dieser Geduld gehört dann auch, dass man alles ablehnt, was noch eine geringe Chance bieten könnte, die verhärteten Fronten zwischen Ost und West aufzulockern und damit das Gespräch über die Wiedervereinigung fruchtbarer zu machen. "Nein" zur Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, "Nein" zum militärischen Disengagement, "Nein" auch zu einem vernünftigen Ausgleich mit der Sowjetunion.

In Anschluss daran hat der sozialdemokratische Oppositionsführer die Thesen der sozialdemokratischen Politik vertreten, und er tat es logisch, nüchtern und klar.

An dieser Stelle aber muss man auch fragen, was das Kuratorium Unteilbares Deutschland heute noch ist. Ist es ein Podium für Streitgespräche? Kann das der Deutsche Bundestag nicht besser? Das Kuratorium ist gegründet worden und wird getragen von Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden mit dem Ziel, immer und immer darum bemüht zu sein, fruchtbare Gedanken für die Wiedervereinigung zu finden und niemals zu erlahmen, wenn es darum geht, einen Brückenschlag von Mensch zu Mensch zu suchen. -la-

Erfüllt es diese Aufgabe noch heute? Genügt es, wenn man nur einen in der Sache guten Jugendwettbewerb ausschreibt, der in der künstlerischen Form das Problem der widernatürlichen Spaltung unseres Vaterlandes sichtbar machen soll?

Es müßte eigentlich mehr tun. Es müßte über die Parteien hinweg und nicht in Streitgesprächen versuchen, dem Gedanken der Wiedervereinigung nützlich zu sein, und dazu gehört, Ideen aufzugreifen und zu diskutieren, die vielleicht den Politikern von heute sakrosankt erscheinen. Wenn es dieses Forum nicht tut, wer soll es eigentlich dann noch tun?

Aber wir wollen am heutigen Tage noch nicht endgültig urteilen, denn der Jahreskongreß des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND in Berlin wird bis zum Wochenende dauern, und vielleicht kann man hoffen, daß in den Arbeitsgemeinschaften der Wille zur Diskussion außerhalb der ausgefahrenen Gleise lebendiger ist.

Diese Hoffnung kann man haben, wenn man an die klugen und abgewogenen Worte denkt, die der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Alwin Münchmeyer, in seiner Begrüßungsansprache fand, als er den schrecklichen Vereinfachern entgegentrat und für seinen Bereich - den der Wirtschaft - darauf hinwies, daß das Problem der Wiedervereinigung eben nicht auf dem gedanklich so einfacher aber politisch nicht erreichbaren Wege des einfacher "Anschlusses" erzielt werden kann, daß es unmöglich ist, die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone sofort dem Wettbewerb auszuliefern, daß man hier nicht von einem Dogma ausgehen kann, sondern nur mit politischer Pragmatik weiterkommen kann.

Es ist sehr zu wünschen, daß die folgenden Tage nicht im Zeichen von Schlagworten, sondern im Zeichen ernsthaften gedanklichen Bemühens stehen. Die Sozialdemokratische Partei wünscht das. Sie wünscht es, weil sie das Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND mitträgt, weil darin ihre führenden Persönlichkeiten vertreten sind, und weil sie dem Kuratorium UNTEILBARES DEUTSCHLAND auch in jenen vergangenen Perioden Unterstützung hat angedeihen lassen, als es manchen politischen Kräften in der Bundesrepublik ein Dorn im Auge war.

Mit wem wird Paris verhandeln?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Vorschlag der algerischen Exilregierung, Benbella und seine Mitgefangenen als Gesprächspartner der französischen Regierung für Waffenstillstandsbesprechungen anzuerkennen, hat wieder den Zorn der "Ultras" entfesselt, aber auch in anderen französischen Kreisen Mißbehagen ausgelöst. Selbst liberale französische Kreise sprechen von einer "Taktlosigkeit". Aus diesem Chor haben sich eigentlich nur die liberale "Monde" und die progressistische "Libération" hervor, die daran erinnern, daß auch andere politische Persönlichkeiten, wie z.B. der tunesische Präsident Burgiba, der marokkanische König Mohammed, aber auch Makarios und selbst Nehru politische Gefangene waren, ehe sie als Verhandlungspartner und Staatsmänner anerkannt wurden. "Le Monde" warnt aber die algerischen Nationalisten, durch Faktlosigkeiten den Bogen zu überspannen; der Schriftleiter dieser angesehenen Zeitung, der mit seinem Namen nur zu besonderen Anlässen das Wort ergreift, spricht sogar die Befürchtung aus, die "Ultras" könnten in beiden Lagern wieder triumphieren und das Feuer des Krieges für weitere Jahre anfachen.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die französische Regierung jetzt vor eine schwere Gewissensfrage gestellt ist, und daß ihre Verhandlungsbereitschaft auf eine harte Probe gestellt wird. Benbella wurde 1956, als er von Rabat nach Tunis fliegen wollte, von französischen Stellen entführt und ist seither in Frankreich gefangen. Diese Episode des Algerienkrieges gehört nicht gerade zu den Ruhmesblättern der damaligen Regierung, die von der "Aktion" allerdings erst nachher informiert wurde. Der Algerienkrieg wurde dadurch verschärft, die Beziehungen zwischen Frankreich und Marokko verschlechtert. Der Prozeß, den man Benbella und seinen Kameraden machen wollte, kam nie zustande, und de Gaulle hat nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten die Freilassung der Gefangenen angeordnet. Sofort erhob sich ein Proteststurm der "Ultras", und sozusagen als "Kompromiß" wurden die Häftlinge aus dem Pariser Gefängnis entlassen und auf der Insel Aix interniert. Zwei von ihnen befinden sich allerdings im Gefängnislazarett von Fresnes bei Paris. Die Rechtsextremisten haben seither keine Gelegenheit versäumt, um die "Erschießung Benbellas" zu fordern.

Der Beschluß der algerischen Nationalisten, die Häftlinge zu diplomatischen Bevollmächtigten zu ernennen, wird daher auch zum Auftakt einer neuen Kraftprobe der französischen Innenpolitik. Die letzte Entscheidung liegt selbstverständlich beim Staatschef, der auf seiner Rundreise im Elsaß sofort erklärte, sein Angebot richte sich an die Kämpfenden, nicht aber an diejenigen, die aus dem Kampf ausgeschieden seien. Bemerkenswert sind allerdings auch die Begeisterungstürme, die es im Elsaß jedesmal gab, wenn de Gaulle den Frieden in Algerien ankündigte.

Die Differenzen zwischen dem französischen Staatschef und den algerischen Nationalisten betreffen nicht nur die Persönlichkeit eventueller Gesprächspartner, über die man sich ja noch nicht einigen könnte, sondern vor allem auch die Prozedur: die französische Regierung fordert Feuereinstellung vor Gesprächen über die Durchführung der Selbstbestimmung, die FLN dagegen verlangt ein Gespräch über Garantien vor jeder Feuereinstellung.

### Jungsozialisten in England

H.F. Am 28. und 29. November wird die Labour Party sich in Blackpool mit dem Ausgang der letzten Wahlen befassen. Zu der Manöverkritik wird auch die Rolle der Jugend gehören. Gerade die Jugendlichen haben bei den letzten Wahlen, nach Aussage vieler Meinungsforscher, mehrheitlich die Konservativen gewählt, was u.a. auch darauf zurückzuführen ist, dass die Konservative Partei eine sehr aktive Jugendorganisation hat. Die Labour Party hat dem so gut wie gar nichts entgegenzusetzen. Sie hat in der Vergangenheit mit Jugendorganisationen immer Pech gehabt.

Schon vor dem zweiten Weltkrieg war die Führung der Labour Party gezwungen, die damalige Jugendorganisation aufzulösen, da sie nach Meinung des Vorstandes von Trotzlisten und Kommunisten unterwandert war. Selbst während der Periode der Labour-Regierung in den Jahren nach dem Krieg, sind alle Versuche, eine wirkliche Jugendorganisation auf die Beine zu bringen, aus den verschiedensten Gründen gescheitert. Bei der besonderen Struktur der Labour Party geht die Diskussion daher immer um die Frage des rechten Verhältnisses zwischen Parteispitze und Jugendorganisation. Die Meinungen darüber, wie dieses Verhältnis zu gestalten sei, gehen weit auseinander.

Trotzdem wurde im Jahre 1956 wieder beschlossen, innerhalb der Wahlkreis-Parteien besondere Jugendorganisationen aufzubauen, ein Versuch, der nicht viel Erfolg hatte, weil die einzelnen Sektionen untereinander wenig Fühlung hatten und isoliert waren. Darüber hinaus gab es keinerlei organisatorische Möglichkeit für die Labour Party auf nationaler Ebene, an junge Menschen heranzukommen.

Der Konferenz am Ende dieser Woche wird nun der Bericht eines Unterausschusses des Vorstandes vorliegen, der in den letzten Monaten öfters getagt und bestimmte Empfehlungen ausgesprochen hat. In diesem Komitee von zwölf Leuten waren vier Mitglieder des Vorstandes vertreten, sowie eine Reihe junger Funktionäre der Labour Party. Die Vorschläge laufen darauf hinaus, eine Organisation mit dem Namen "Jungsozialisten" zu schaffen, die von der Wahlkreisebene aufwärts bis zu Bezirks- und nationaler Ebene eine eigene Struktur haben soll. Sie soll einmal im Jahr ihre eigene Jugendkonferenz abhalten und über den gesamten Bereich der Labour Party-Politik frei entscheiden dürfen. Die Jahres-Konferenz der Jungsozialisten soll nach Meinung des Ausschusses auch das Recht haben, jedes Jahr ein Mitglied in den Vorstand der Labour Party zu delegieren. Auch in der Parteispitze - im Transporthaus - soll, ähnlich wie bei der Frauenorganisation, eine eigene Jugendabteilung eingerichtet werden. Sie soll in gewissen Grade autonom und nicht nur eine Unterabteilung des Organisationsreferats sein.

Es ist zu erwarten, dass es über der Gründung der Jungsozialisten innerhalb der Labour Party zu ziemlichem Diskussionen kommen wird, da besonders die konservativen Elemente in der Partei, abgeschreckt von Erfahrungen in der Vergangenheit, Angst haben, dass eine selbstständige Jugendorganisation der Labour-Führung mehr Schwierigkeiten als Hilfe bringen würde.

Abend des Christlichen Abendlandes

Die zwölfhundert Menschen, die im neuen Auditorium maximum der Hamburger Universität mit innerer Spannung und vielleicht sogar Erregung den ganz und gar nicht gefälligen und bequemen Ausführungen des hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller lauschten, hörten den bitter-ironischen Satz von der "täuschenden päpftisch-kirchlichen Hochkonjunktur". Er verwies auf eine äußerst fragwürdige politische Zweckbetriebsamkeit, ein Interessen- und Machtstreben bestimmter Gruppen und Kreise, die sich des effektvollen christlichen Vorzeichens oder Mäntelchens bedienen.

Es ist löblich, daß in der vom Amt für Öffentlichkeitsdienst, vom Evangelischen Männerwerk und Evangelischen Arbeiterwerk in Hamburg veranstalteten "Kirchlich-sozialen Woche" aus protestantischem Geist einmal ohne Litanei Fraktur geredet wurde. Vernimmt man häufig das Wehklagen über leere Kirchen - und dahinein mischen sich moralische Urteile -, so muß die auffällig starke Anziehungskraft und Resonanz der Veranstaltungen der "Kirchlich-sozialen Woche" zum Nachdenken Anlaß geben. Nicht kirchlich-institutionelles Machtstreben sondern Verantwortung in der Zeit und in der Gesellschaft: dies war der spürbare Impuls der Woche.

## Prozeß des Wandels

Von zwei Grundvoraussetzungen gingen die Initiatoren aus, als sie den Themen- und Problembereich absteckten für Referate, Podiumsgespräche und Diskussionen; zum einen von der klaren Feststellung: die Welt ist anders geworden; zum zweiten von der daraus gefolgerten Einsicht: die Kirche steht mitten im Prozeß eines tiefgreifenden Wandels. Welcher Standpunkt nun zu gewinnen sei, welche Konsequenzen aus den Erkenntnissen gezogen werden müßten, das trat prononciert in Erscheinung vor allem während der Abschlußveranstaltungen, die das Generalthema der Woche "Kirche und Gesellschaft an der Schwelle einer neuen Zeit" behandelten: Im Vortrag von D. Martin Niemöller und im Winterkuder Gespräch, dessen Auftakt die Referate von Herbert Wehner und Pastor Dr. Johannes Doering, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, bildeten.

## Wir haben als Gesellschaft versagt

Wenn Martin Niemöller ("Die Zeit ist uns davongelaufen. Wir, die als Gesellschaft versagt haben, sind dem Geschehen ausgeliefert, obwohl es Menschenwerk ist") und Johannes Doering ("Es ist Abend des Abendlandes ... Das Alte muß umpflügt werden") Kühn über alle Kirchturnshorizonte hinweg in die verworrene Situation der Gegenwart griffen, Perspektiven aufreißen für die Zukunft, die manchen nur schockiert haben mochten, so gefielen sie sich keineswegs in apokalyptischen Visionen oder Kassandrarufern. Zum "heroischen" Pessimismus eines Spengler ergeben sich schwerlich Parallelen. Es trat nicht die lust-leidvolle Melancholie von Konservativen oder Traditionslisten mit missionarischer Geste vor das öffentliche Forum; eine radikale Ehrlichkeit und Nüchternheit gab den Männern das Wort ein, wenngleich theologische Höhenflüge (so bei Doering) den Zuhörer einige Male überforderten. Man sollte solches Erkenntnis unter Verzicht auf Illusionen und Fröhtätchentrost nicht als Schwarzmalerei ansehen. Sie ist weit entfernt von Resignation.

Was "Abend des Abendlandes" bedeutet, wurde dargestellt unter dem geistig-kulturgegeschichtlichen Aspekt als "Ende des raumweltlichen

Denkens mittelalterlicher Prägung" und der damit verbundenen institutionellen Formen (Doering: "Kein Ort dieser Welt ist heilig, keine Gruppe vor der anderen erwählt, keiner ist frömmer als der andere"). Niemöller konstatierte unter dem soziologisch-politischen Aspekt entschieden das Ende der ständischen Gesellschaftsordnung (abendländisches Erbe), zu der es kein Zurück mehr geben könne und dürfe. Die klassenlose Gesellschaft sei bereits vorhanden ("wenngleich anders, als der Sozialismus es sich gedacht hat") und dies im Westen nicht weniger als im Osten. Sie werde aus dem "noch amorphen" Zustand Gestalt gewinnen und sinnvoll auf eine "Menschheits-Gesellschaft" ohne Vorrechte gewisser Völker, Rassen oder Gruppen zustreben müssen.

#### Neue Aufgabe für die Kirche

Die Kirche, die als "Volkskirche" schon jetzt keine Realität mehr sei und in Zukunft möglicherweise in der "Clearing-Haus"-Form vieler Einzelgemeinschaften bestehen werde, könne keine Rezepte für eine neue Gesellschaftsordnung anbieten. Sie werde sich aber nicht ausschliessen von der Mitverantwortung. Sie trete ein für Freiheit, Recht und Würde des Menschen, auf dass er als einzelner im grossen Getriebe weder sich selbst aufgeben noch von irgendwelcher Gewalt "verheizt" werde. Solche Verantwortung stehe unter dem Zeichen des trinitarischen Gottes christlicher Glaubensbotschaft.

#### Nicht Hilfen, sondern neue Bedingungen

Diese weitgespannten Betrachtungen lenkte Herbert Wehner gründlich und mit überzeugendem Ernst auf Situationen und Forderung des Alltags zurück. Es gehe um das "Volkswohl" ("das Wohl aller, eines jeden und das Wohl des Ganzen") und gelte, bei der Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten das Recht für alle zu verwirklichen, gegenüber denen, die über die stärkere wirtschaftliche Macht verfügen. Gleiche Chancen und Startbedingungen seien nicht durch Hilfen, sondern durch die gesellschaftlichen Bedingungen zu garantieren. Wohl sei die Bundesrepublik im Grundgesetz als "demokratischer, sozialer Staat" verbrieft, doch keineswegs schon realisiert.

Der aufmerksame Teilnehmer und Chronist der kirchlich-sozialen Woche, den mancher Schritt evangelischer Kirchenpolitik auch in jüngster Zeit noch verblüfft hat, wird die offenen Worte begrüessen. Er wird nicht zweifeln an dem sozialen Gewissen der Kirche heute (Niemöller: Die wesentliche Schuld am Ausscheiden des vierten Standes trägt die Kirche, die dem Thron hörig war). Doch hat er den Wunsch, dass die Festigung eines neuen Standpunktes notwendig auch eine totale Absage an vorgeprägte und diffamierte Begriffe (irreführend die Vokabel "Proletarier" in Niemöllers Rede), eine peinliche Sorgfalt gegenüber Vorurteil und Hochmut einbeziehen möchte. So wurde Herbert Wehner während der Diskussion (absichtsvoll oder unbedacht, einerlei) als "einer ausserhalb" angesprochen. Seine Erregung darüber war nur zu verständlich, und sein Bekenntnis: "Das geht mir ans Herz, ich stehe hier als evangelischer Christ" musste aufrütteln, manchen gewisse beschämen. Aber es brach auch Dämme. Dieses Beispiel eines Mannes, dessen Bild von politischen Gegnern nur zu gern als Schreck kolportiert wird, macht offenkundig, wie tief noch der Stachel des Ressentiments, Sozialdemokrat und Christ seien Widersacher, in deutschen Fleische steckt. Verstiegen und verhängnisvoll ist es, eine bestimmte Partei - entgegen den protestantischen Stimmen, die wir während der vergangenen Woche vernahmen - als politische und gesellschaftliche Domäne des Christlichen zu privilegieren und zu autorisieren.

Aus "Hamburger Echo"

+ + +

Adenauer will keine Reform

sp. Von einer Reform der CDU, wie sie von den Landesvorsitzenden dieser Partei am 2. Juli in Berlin verlangt wurde, kann nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen in den leitenden Parteigremien nicht mehr die Rede sein. Das Kommuniqué der letzten Sitzung des Bundesvorstandes beschränkt sich auf allgemeine Andeutungen und vertröstet die CDU-Mitgliedschaft und die interessierte Öffentlichkeit auf den Parteitag im kommenden Frühjahr. Soviel dürfte feststehen: Von den Berliner Reformvorschlägen, dem Ergebnis der schweren Parteikrise um Adenauer im Frühjahr, wird nicht mehr gesprochen. Weder ist eine Verminderung der stellvertretenden Vorsitzenden von vier auf zwei weiter ins Auge gefasst noch eine effektive Entlastung des Parteivorsitzenden durch Übertragung von verantwortlichen Führungsaufgaben auf seine Stellvertreter. Alle Äusserungen führender Repräsentanten der Partei über die Notwendigkeit einer Aktivierung der Führungsspitze hatten nur rhetorische Bedeutung und blieben ohne sichtbare Wirkung.

Jetzt taucht ein Vorschlag des nordrhein-westfälischen CDU-Politikers Dufhues auf, der der Forderung: Alle Macht dem Vorsitzenden Adenauer noch weiter entgegenkommt. Er will an der Zusammensetzung des bestehenden geschäftsführenden Vorstandes nichts ändern, überträgt indessen den einzelnen Mitgliedern dieses Gremiums bestimmte Sachgebiete zur verantwortlichen Leistung. Ausserdem verlangt er für den engeren Vorstand die Abhaltung regelmässiger Sitzungen. So vernimmt die staunende Mitwelt mit Überraschung, dass die CDU zwar über einen etwa 50-köpfigen Vorstand verfügt - von dem allerdings nur die Vorsitzenden vom Parteitag gewählt sind - und über einen geschäftsführenden Vorstand von 13 Mitgliedern, aber bisher lediglich der Parteivorsitzende Adenauer und sein Leiter der Bundesgeschäftsstelle Kraste Funktionen ausüben. Alle übrigen Vorstandsmitglieder erscheinen lediglich zu den seltenen Sitzungen, wenn sie von Adenauer dazu herbeizitiert werden. Diesen jeder organisatorischen Praxis widersprechenden Zustand soll der kommende Parteitag ändern.

Dieser Beschluss bedeutet zweifellos das Begräbnis aller wirklichen Reformvorschläge und das Eingeständnis des totalen Vorensagens der gesamten CDU-Honoratiorenschaft. In dieser Partei entscheidet noch immer allein der Wille Adenauers, der trotz aller Ignorierung der Parteidemokratiesogar die Entscheidung über seine Nachfolge in seiner Hand hält. So bleibt in der CDU weiterhin "alles beim alten".

Verantwortlich: Günter Markscheffel